

Abschlussbericht

"Extensivweidesysteme: Nachhaltige Landnutzungsformen und ihre Bedeutungen für Landwirtschaft, Naturschutz und Landschaftspflege"

Forschungsvorhaben im Rahmen des BMBF-Programms "aFuE"
(FKZ: 17.017.00)

Projektleitung: Prof. Dr. Rainer Luick
Projektbearbeitung: Dr. Klaus Vowinkel

Fachhochschule Rottenburg/Hochschule für Forstwirtschaft
Schadenweilerhof
72108 Rottenburg
Tel. 07472-951-238
e-mail: luick@fh-rottenburg.de

Zusammenfassung

Zur Bearbeitung der Inhalte des Forschungsvorhabens (Analyse, Bewertung und Diskussion der Thematik "Beweidung als Pflegestrategie in Naturschutzgebieten") wurde eine Auswahl geeigneter Naturschutzgebiete in Baden-Württemberg getroffen. Mittels geeigneter Filterkriterien wie Mindestgröße, Vorhandensein einer langjährigen Weidetradition und ausreichende Datengrundlage kamen 12 Gebiete zur Auswertung (10 Weidegebiete, 2 Wiesenschutzgebiete). Das Pflegemanagement wurde ausführlich analysiert und einer Bewertung unterzogen. Ein zentrales Ergebnis ist, dass es zur Erreichung der Schutzziele dringend notwendig ist, extensive Weideverfahren in einer modernen Interpretation in die Grünlandnutzung zu integrieren. Dafür müssen zeitgemäße, wissenschaftlich fundierte Leitbilder und praxistaugliche, standortsangepasste Lösungen entwickelt werden. Insbesondere ist eine stärker erfolgshonorierete Maßnahmenhonorierung anzustreben. Akteursbefragungen dokumentieren teils massive kommunikative "Störungen" zwischen Naturschutzverwaltung und Landwirten. Voraussetzung für extensive Weidesysteme sind zusammenhängende arrondierte Flächenstrukturen. Dies gilt insbesondere in den Realteilungsgebieten. Dafür müssen schnellwirkende und kostengünstige Instrumente der Flurneuordnung entwickelt werden.

Zur sozio-ökonomischen Analyse von Betrieben mit extensiver Tierhaltung wurden 13 Betriebe ausgewählt, deren Betriebsindikatoren bekanntermaßen dafür sprachen, dass es sich um erfolgreiche und ökonomisch zukunftsfähige Betriebe handelte. Die Betriebsleiter wurden anhand eines strukturierten Gesprächsleitfadens mit offener Fragestellung interviewt. Zehn Betriebe werden im Haupterwerb, einer im Nebenerwerb sowie ein weiterer im Zuerwerb geführt. Von den zehn Betriebsleitern mit Mutterkuhhaltung wurden einhellig die Position vertreten, bewusst einen für ihre betrieblichen Rahmenbedingungen zukunftssträchtigen Betriebszweig gewählt zu haben. Bei der Hälfte der Betriebsleiter handelt es sich um Quereinsteiger aus nichtlandwirtschaftlichen Berufsfeldern. Es handelt sich also zum überwiegenden Teil um experimentierfreudige Landwirte. Dies dokumentiert zugleich deutlich die hohe eigene Motivation, trotz starker Risiken und Unwägbarkeiten, bewusst in neue unternehmerische Entwicklungsfelder in der Landwirtschaft einzusteigen. Neben Freude an der Landwirtschaft und dem Wunsch nach eigenständigem Arbeiten war auch die Anreizsituation der Mutterkuhprämie und die Verringerung des Arbeitsaufwandes bei gleichzeitig akzeptablem finanziellem Einkommen ein wichtiges Moment für eine solche Entscheidung. Aspekte des Naturschutzes und Landschaftspflege waren nur in einem einzigen Fall ausschlaggebend. Aufgeschlossen gegenüber Maßnahmen von Naturschutz und Landschaftspflege sind prinzipiell alle interviewten Betriebsleiter.

Bei den Befragungen von Betriebsleitern wurde von allen auf die aufwändige Antragsstellung hingewiesen. Dies gilt in besonderem Maße für die in ihrer Besitzstruktur sehr kleinparzellierten Flurstücke der Realteilungsgebiete im südwestdeutschen Raum. Alle 13 befragten Betriebsleiter machten Angaben zur Einschätzung ihrer Zusammenarbeit mit der Naturschutzverwaltung (Untere Naturschutzbehörde, Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege), den Ämtern für Landwirtschaft Landentwicklung und Bodenkultur (ALLB), anderen Landwirten in der Umgebung sowie den landwirtschaftlichen Beratungsdiensten. Die Antworten wurden den Kategorien

gut, befriedigend und schlecht zugeordnet. Demnach geben 10 Betriebsleiter eine gute Zusammenarbeit mit den Unteren Naturschutzbehörden an. Das gestiegene Verständnis für Beweidung seitens der Naturschutzverwaltung, und die Notwendigkeit, neben Aspekten des Arten- und Biotopschutzes auch betriebliche Aspekte zu berücksichtigen, erwähnen neun Befragte. Mit den Ämtern für Landwirtschaft haben naturgemäß sämtliche der befragten Betriebsleiter zu tun. Hier kommt es zu einer deutlich schlechteren Einschätzung der Zusammenarbeit. Bei ihren Anfragen fühlen sich insgesamt sechs Betriebsleiter als schlecht betreut und unzureichend informiert. Dies gilt insbesondere bei Fragen, welche im Zusammenhang mit extensiven Weidungsverfahren stehen. Diese werden von Seiten der Verwaltung und der Officialberatung nach wie vor als vollkommen unwirtschaftliche Produktionsverfahren angesehen. Bei Beratungen kam es sogar zur Stellungnahme, dass es nachteilig für die weitere Betriebsentwicklungen wäre. Mitausgelöst durch interessante Prämienszahlungen beginnt sich allmählich eine positivere Einstellung zu entwickeln. Es wird festgestellt, dass im Landwirtschaftskomplex (Bauern, Beratung, Interessensverbände) dringend eine bessere Wertschätzung und Neubewertung extensiver Produktions- und Tierhaltungsformen entwickelt werden, die von einem ausschließlich auf Produktmaximierung ausgerichteten Denken wegführen. Dies gilt in starkem Maße für grünlandgeprägte, strukturell und standörtliche benachteiligte Räume.

Grundsätzlich wird jedoch bei allen Betriebsleitern die Meinung vertreten, dass eine für beide Seiten nutzbringende Zusammenarbeit mit dem Naturschutz möglich und sinnvoll ist. Positionen von Naturschutzseite werden nach ihrer Einschätzung gemäßigter vorgetragen als noch vor wenigen Jahren. Bemängelt werden aber nach wie vor unflexible und schlecht in den Betriebsablauf integrierbare Forderungen (Mahdzeitpunkt, Besatzstärke). Wesentliche Verbesserungen, an denen vor Ort gearbeitet werden muss, sind der Ausbau von betrieblichen Kooperationen und eine deutliche Stärkung des Informationsaustausches zwischen Naturschutz- Agrar- und Forstverwaltung.

Zum Thema Marketing wird von allen in der Direktvermarktung tätigen Personen der hohe zeitliche Arbeitsaufwand betont, und die Schwierigkeit gesehen, diese in den Betriebsablauf zu integrieren. Die Bereitschaft in Fragen der Vermarktung mit Dritten zusammenzuarbeiten wird nur von 3 Betriebsleitern auf Nachfrage prinzipiell in Erwägung gezogen. In der Mehrzahl überwiegt eine ablehnende Haltung. Die zeitlichen "Reibungsverluste" durch notwendige Absprachen etc. werden als zu hoch angesehen.

Die Aufpreisvermarktung über den direkten Verkauf ab Hof wird als einzelbetriebliche Maßnahme als sehr erfolgreich angesehen, insgesamt aber bezweifelt, ob sich daraus ein flächendeckend aufgebautes Netz realisieren lässt. Widerstände werden vor allem darin gesehen, dass der Handel und das verarbeitende Gewerbe in der Regel nicht dazu bereit sind, die hohe Qualität von Tieren/Fleisch preislich zu honorieren. Als weitere Erschwernisse wurde der Genehmigungsaufwand und die Investitionskosten für neu zu errichtende Gebäude (z.B: Zerlegeraum, Verkaufsraum), die Anmeldung eines Gewerbes und der hohe Hygiene-Standard angeführt.

Um die Wettbewerbsfähigkeit extensiver Fleischerzeugung zu stärken, wird von allen Betriebsleitern eine massive Informations- und Aufklärungsarbeit in Richtung

Verbraucher als dringend notwendig erachtet. Bezweifelt wird aber einhellig, dass der Anteil ökologisch und regional erzeugter Produkte auf Marktanteile von über 10 % anzuheben sein wird. Bemängelt wird auch die zu stark auf das Nischenprodukt "Öko" ausgerichtete Diskussion. Vielmehr sollte stärker als bisher die gesamte Produktionskette ins Blickfeld gerückt werden.

Der Wunsch nach einer Zusammenarbeit ist nicht nur bei der Vermarktung gering. Eine überbetriebliche Zusammenarbeit wird nur in einem einzigen konkreten Fall durchgeführt. Kooperationen als Unternehmensmodelle sind im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsbereichen weitgehend Neuland geblieben, allenfalls als Nachbarschaftshilfe ausgebildet.

10 von 13 Betrieben halten die finanzielle Unterstützung im Rahmen der gegenwärtigen Förderstrukturen (MEKA, LPR, Mutterkuhprämie etc.) prinzipiell für ausreichend. Mehr Transparenz, weniger bürokratischer Aufwand und stärkere Berücksichtigung regionaler Aspekte mit mehr Einzelfall-Entscheidungen statt allgemeiner Pauschalierungen werden von insgesamt sieben Betriebsleitern als Wünsche zur Verbesserung der gegenwärtigen Förderstrukturen genannt.

Vielgestaltige und artenreiche Weiden erfordern zukünftig neben einer ausreichenden Flächengröße ein flexibles, an die natürliche Ertragsfähigkeit des Standorts angepasstes Weidemanagement. Dies erweist sich vielfach als nicht kompatibel mit vertraglich festgelegten Vorgaben des Naturschutzes. Als notwendig erachtet wird daher die Anpassung der Agrarumwelt- und Extensivierungsprogramme an einheitlich definierte Mindeststandards, die stärkere Berücksichtigung des Gesamtbetriebes oder Betriebszweiges sowie Anpassung an regionale Gegebenheiten. Einzuführen ist eine deutliche finanzielle Differenzierung der Förderhöhe zwischen Grundextensivierung, ökologischer und naturschutzgerechter Bewirtschaftung.

Einigkeit besteht bei sämtlichen interviewten Betriebsleitern darin, dass sich der gegenwärtige Strukturwandel in der Landwirtschaft ("Höfesterben") auch in Zukunft unvermindert fortsetzen wird und durch Krisen wie BSE eher noch beschleunigen wird. Die Politik der "Agrarwende" wird ausnahmslos unterstützt und für gut befunden. 9 Befragte haben aufgrund der mächtigen "Agrar-Lobby" aber erhebliche Zweifel an deren Realisierungschancen. 8 Befragte sehen nach wie vor in der Gesellschaft ein erhebliches Defizit an Wissen und Verständnis landwirtschaftlicher Abläufe im Allgemeinen und extensiven Weideverfahren im Besonderen. Den speziellen Zusammenhang zwischen Beweidung und Naturschutz stufen 5 Betriebsleiter als weitgehend unbekannt ein.

Insgesamt gehen sie von einem positiven Image in weiten Bevölkerungskreisen aus, sehen sich aber innerhalb der Produktionsrichtung Tierhaltung als stark benachteiligt an. Von offiziellen Vertretern der Landwirtschaft (Landwirtschaftsämtern, Bauernverband) wird keine nennenswerte Hilfestellung gesehen und erwartet.

Die Waldweide stellt ein über Jahrhunderte andauerndes Nutzungssystem dar, welches dazu diente, dem Vieh unter Schonung des eigenen Grünlandbestandes eine ausreichende sommerliche Nahrungsgrundlage zu sichern. Eine Trennung von Wald und Weide wurde durch den gezielten Futterbau, die Grasheugewinnung und die nachfolgende Effektivitätssteigerung möglich. Mit Ausnahme weniger Regionen (u.a.

Bayerischer Wald, Thüringer Wald, Harz) war diese Entwicklung bereits Mitte des 19. Jh. abgeschlossen gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg, spätestens jedoch seit den 1970er Jahren, wird eine endgültige Ablösung noch bestehender Weiderechte der Bevölkerung, vorangetrieben.

In neuerer Zeit spricht der Naturschutz nicht mehr von "Degradationsformen", sondern betont zunehmend das über Jahrhunderte der Weidenutzung entstandenen Flächenmosaik mit spezifischen Standortbedingungen und Biotopstrukturen, die sich von "normalen" Waldbiotoptypen (u.a. Mikroklima und Bestandsstruktur) unterscheiden. Die Weidewälder bieten einen Lebensraumkomplex mit ausgeprägten Übergangsbereichen zum Offenland (Ökoton). In Naturschutzkreisen werden sie auch als ein Vorbild für extensive Beweidungsprojekte und alternative Nutzungsstrategien ("halboffenen Weidelandschaften" mit partiell bewaldeten oder verbuschten Bereichen und unterschiedlichen Sukzessionsstadien) angesehen.

In Forstkreisen überwiegt eine negative Einschätzung (Schädigung Baumbestand; Verhinderung Verjüngung, Zerstörung Bodenvegetation). Insgesamt entstand bei den Gesprächen mit Vertretern der Forst- und Naturschutzverwaltung der Eindruck, dass die Beweidung von Waldstandorten aktuell keine zentrale Bedeutung zukommt und das Thema eher "Nischencharakter" einnimmt. Diskussionen traten lediglich dort auf, wo aktuelle Fragen des Arten- und Biotopschutzes berührt waren (Erhaltung und Weiterentwicklung von Feuchtheiden, Naturschutzgebiet "Schliffkopf") oder ein ehemaliger Weidewald durch Wiedereinführung der Weidetätigkeit als kostengünstige Pflegevariante (Naturschutzgebiet Obere Weide) erfolgen sollte. Auch in den deutschen Landeswaldgesetzen wird sie überwiegend als gegenstandslos angesehen. Dort wo sie noch in meist bescheidenem Umfang betrieben wird (z.B. Bayern, Thüringen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen) ist sie nur unter dem Aufwand spezieller Genehmigungen möglich.

Die landesrechtlichen Vorschriften über Einschränkungen und Verbote sind unterschiedlich, decken sich aber weitgehend in der Aussage, dass die Funktionen, Leistungsfähigkeit und die pflegliche Bewirtschaftung des Waldes (ordnungsgemäße forstliche Bewirtschaftung) nicht gefährdet werden dürfen und die Beweidung mit Nutztieren der Zustimmung der Waldbesitzer bedarf. Überdenkenswert ist, zukünftig gesetzliche Grundlagen zu entwickeln, um Weide als gezielte Möglichkeit der Waldrandpflege zuzulassen. Dies kann beispielsweise durch eine Verlagerung von Weidezäunen in den Waldbestand erfolgen. Neben Aspekten des Arten- und Biotopschutzes könnten so auch tierhygienische Anforderungen im Sinne einer artgerechten Tierhaltung erfüllt werden. Der Naturschutz sollte daher bestehende Chancen dort nutzen, wo sich die Möglichkeiten für eine Experimentierfeld eröffnen und dem forstlichen Drängen nach einem grundsätzlichen Verbot der Waldweide nicht pauschal nachgeben. Es sollten vielmehr weiterführende Studien angeregt und Einzelfallprüfungen vorgenommen werden, zumal die Waldweide Potenziale bietet, die an Defiziten der heutigen Naturschutzplanung wie auch Landnutzung ansetzt. Insbesondere sollten Kombinationsmöglichkeiten mit anderen gesellschaftlichen Ansprüchen (Land- u. Forstwirtschaft; Erholungsnutzung) genutzt werden.